



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

30. Sitzung (öffentlich)

8. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „**Auswirkungen der Aufhebung des Mangelfacherlasses auf die Lehrerversorgung in NRW - Abwanderung in andere Bundesländer direkt nach der Ausbildung?**“

An den Bericht der Ministerin Barbara Sommer schließt sich ein kontroverse Aussprache an.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestellungen und berät sodann die von den Fraktionen der SPD und der FDP vorgelegten Änderungsanträge.

Im Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die wesentlich über die Darstellung in Vorlage 14/810 hinausgehen. Die Abstimmung über die Änderungsanträge sind ebenfalls in Vorlage 14/810 aufgeführt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Entwurf des Einzelplans 05 unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 2 | Pläne der Landesregierung für eine neue Lehrerausbildung | 22 |
| | Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung | |
| 3 | Personelle Situation in den unteren Schulaufsichtsbehörden | 22 |
| | Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung | |

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 2 und 3 wird vertagt.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/636 und 14/656

Einzelplan 05

Ute Schäfer (SPD) verweist auf die umfangreiche Ergänzungsvorlage für das Jahr 2007. Sie bitte, die Punkte, die den Einzelplan 05 betreffen, noch einmal darzulegen.

Leitender Ministerialrat Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) führt aus, die Ergänzungsvorlage enthalte zwei Blöcke für den Einzelplan 05; einmal gehe es um die Auflösung des Oberstufenkollegs, zum anderen um die Auflösung des Landesinstituts in Soest - Aufteilung auf die Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg und Übergang von Mitteln und Stellen in das Schulministerium.

Ute Schäfer (SPD) erkundigt sich, ob mit dem Abbau von 9 Stellen im Oberstufenkolleg ein Beschluss nachvollzogen werde oder ob es sich um eine neue Sachlage handele.

Da die Auflösung des Landesinstituts schon vor einer Weile beschlossen worden sei, stelle sie die Frage, warum das jetzt erst in der Ergänzungsvorlage auftauche und nicht erst im Haushaltsentwurf 2007.

Der Beschluss der Landesregierung zur Auflösung des Landesinstituts sei erfolgt, nachdem der Haushalt in der ursprünglichen Fassung eingebracht worden sei, erwidert **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Die Ministerin habe im Schulausschuss angekündigt, dass das haushaltstechnisch über die Ergänzungsvorlage umgesetzt werde.

Das Oberstufenkolleg sei nicht mehr im Wissenschaftsministerium etatisiert, sondern im Schulministerium, gibt **Staatssekretär Günter Winands** an. Das Oberstufenkolleg habe eine neue Struktur bekommen. Zunächst sei die Schüler-Lehrer-Relation an die der Weiterbildungskollegs angepasst worden. Das habe auch zu der Anbringung von kw-Vermerken geführt, sei aber einvernehmlich besprochen worden. Ein Teil der Stellen gehe an die Universität Bielefeld.

Sören Link (SPD) kommt auf das Thema Entlastung von Schulleitungen an Gesamtschulen zu sprechen. 120 Lehrerstellen sollten von den Gesamtschulen auf Förderschulen verlagert werden. Das sei haushaltsrelevant.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) betont, im Haushaltsentwurf finde man die Stellen für Sozialpädagogen an Förderschulen. Die Sozialpädagogen seien bisher aus den Vorgriffsstellen finanziert worden. Jetzt gebe es 100 Planstellen im Förderschulkapitel zusätzlich. Die Zeiten für die Schulleitungsentlastung spiegelten sich in der Schüler-Lehrer-Relation der Schulform wieder. Mit der AVO zu § 93 Schulgesetz werde die Schulleitungsentlastung der Gesamtschule auf das Niveau gesetzt, das man auch an Berufskollegs oder an Gymnasien vorfinde. Im Haushalt werde die neue Relation zugrunde gelegt.

Ute Schäfer (SPD) meint, das hochgesteckte Ziel, das Bildungssystem umzugestalten, die Absicherung von Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft zu gewährleisten, werde so nicht eingehalten.

Im Einzelplan 05 habe es Ausgabesteigerungen für Bildungsaufwendungen in Höhe von 28,6 Millionen € gegeben. Im Vorjahr habe der Aufwuchs 316 Millionen € betragen. In diesem Einzelplan seien die Zuschüsse für laufende Zwecke an Ersatzschulen um 22 Millionen € erhöht worden. Demgegenüber verringerten sich die Ausgaben für Investitionen um 67,8 Millionen €.

Sie frage, ob an Weiterbildungskollegs, den Gymnasien, den Gesamtschulen und Berufskollegs insgesamt 6.723 Beförderungsstellen unbesetzt seien. Auch wüsste sie gerne, wie die 500 kw-Vermerke realisiert werden sollten. Zum Haushalt 2007 liege immer noch kein Stufenplan darüber vor, aus dem die geplanten Lehrereinstellungen ersichtlich würden. Die Stundentafel der Sekundarstufe I werde ausgeweitet. Der Englischunterricht in der Grundschule werde ausgeweitet. Die Reduzierung der Sitzenbleiber müsse haushaltstechnisch seinen Niederschlag finden, denn die Schulen bräuchten dafür mehr Ressourcen für die individuelle Förderung.

Sodann kommt Frau Schäfer auf die globale Minderausgabe in Höhe von 9 Millionen € zu sprechen. Sie bitte, die Kürzungen aufzuschlüsseln, zum Innovationsfonds und den Projektmittel für BUS Stellung zu nehmen.

Sigrid Beer (GRÜNE) äußert die Meinung, das nach außen getragene Ziel, soziale Ungerechtigkeiten im Schulsystem abzubauen, werde durch den vorliegenden Haushaltsplan konterkariert. Die „ideologische Brille“ werde nicht abgesetzt, wenn die Zahlen für den Haushalt eingestellt würden. Aufgrund der Zuweisungen bekomme man wieder eine Klassengesellschaft in der Lehrerschaft.

Herr Knevels habe die Schüler-Lehrer-Relation an den Gesamtschulen angesprochen. Sie halte es für unverschämt, wenn die Ministerin vollkommen losgelöst von den fachlichen Bedarfen, angesichts der Kenntnisse, wie Gesamtschule funktioniere, wie die KMK-Vorlagen in Bezug auf die Fachleistungsdifferenzierung aussähen, in einer Presseerklärung von gleichen Differenzierungsaufgaben spreche, wie sie auch ein Gymnasium oder ein Berufskolleg zu erledigen hätten. Sie begrüße die Einführung der Sozialindexstellen.

Staatssekretär Winands sage in den Veranstaltungen zur Erläuterung des Schulgesetzes immer, in der Schulpolitik werde keine Ideologie gemacht. Wenn man die Zahlen

betrachte, werde deutlich, dass die Gesamtschulen u. a. bei den Vertretungsstellen benachteiligt würden. Dass die Arbeit der Gesamtschulen nicht geschätzt werde, spiegele sich auch in den Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen wieder. Sie denke an die Äußerungen von Herrn Witzel zum Anmeldeverhalten der Eltern.

Durch die Pressemitteilung vom Vortage entstehe schon jetzt erheblicher Widerstand an den Gesamtschulen aufseiten der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und der Schulleitungen. Wer so mit den Schulen im Land umgehe, dürfe draußen nicht verkünden, dass er für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung eintrete. Konsequenz werde eine ideologische Schulpolitik betrieben.

In dem neuen „Gymnasialgesetz“ werde nur an einer Schulform die Schüler-Lehrer-Relation verbessert. Die Schulen würden nicht gleich behandelt. Es werde nur an einer Schraube gedreht. Das entspreche auch der Klientel, derer sich die Landesregierung versichern wolle. In Bezug auf den Schülerrückgang sei interessant, dass die Grundschulen, prozentual gesehen, am meisten Stellen abgäben.

Die Steigerung der Pensionskosten in diesem Jahr übertreffe alle anderen Aktiva im Bildungshaushalt. Das habe auch damit zu tun, dass man sich nicht von der Frage des Beamtenstatus in der Perspektive verabschieden wolle, dass man nicht grundsätzlich das Thema gerechte Lehrerbesoldung angehe und die Verwerfungen aufhebe. Sie plädiere für eine einheitliche Eingangsbesoldung für alle Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen und dafür, dass man mit entsprechenden Leistungszulagen arbeite und nicht über Statuszuweisungen weiter ein System betreibe, das nicht zukunftsfähig sei.

Ralf Witzel (FDP) stimmt mit Frau Beer überein, dass die „Gesamtschulloobby“ den Widerstand formieren werde. Wenn die Schulform jahrzehntelang privilegiert worden sei und wenn man sie jetzt den anderen gleichstelle, dann müsse man davon ausgehen, dass diejenigen, die sich in diesem System eingerichtet hätten, ihre Privilegien nicht widerstandslos preisgäben. Das ändere aber nichts an der sachlichen Notwendigkeit, ideologiefrei mit allen Schulformen gleichberechtigt zu verfahren.

Er empfehle dringend eine Lektüre der Ausführungen des Landesrechnungshofes zur Arbeit der Gesamtschulen in der Oberstufe. Darin könne Frau Beer lesen, dass an den Gesamtschulen zum Teil für Kleinstgruppierungen größere Beförderungsstellen vorgehalten würden, es sei zu Benachteiligungen der Lehrerschaft in anderen Schulformen gekommen. Jetzt werde das Gleiche gemacht, was für andere Schulformen gelte.

Seit dem Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen werde ein Viertel Milliarde Euro mehr für Kinder und Jugendliche, vor allem mit dem Schwerpunkt Bildungsaufgaben, aufgegeben. Er denke an Vorhaben wie die schulische Sprachförderung, individuelle Förderung oder zusätzliche Stunden im System. Diese Dinge gingen in vielen Punkten über Maßnahmen hinaus, die von der früheren Landesregierung nur angekündigt worden seien. Im Haushalt sei die klare Prioritätensetzung „Zukunft über Bildung“ festzustellen.

Ein realistischer Vergleich der Maßnahmen der anderen 15 Bundesländer im Bildungsbereich - Einstellungsperspektiven, zusätzliche Stunden im System, Unterstützungsangebote wie vorschulische Sprachförderung - mache deutlich, dass NRW bundesweit als Klassenbester da stehe. Im Bildungsbereich stehe Nordrhein-Westfalen nicht mehr am

Ende der Skala. Der Haushalt könne sich sehen lassen. Natürlich sei man noch nicht am Ende der Ziele angekommen. Die frühere Landesregierung habe einen Stufenplan vorgelegt, der nachher gar nicht eingehalten worden sei. Das mache keinen Sinn.

Sören Link (SPD) stellt fest, aus dem Kapitel Gesamtschule würden 100 Stellen in das Kapitel Förderschulen verlagert. Die Ministerin habe eine Informationsbroschüre zum Haushaltsentwurf 2007 verteilt. Darin heiße es, dass die Stellenzahl an den Gesamtschulen von 2006 auf 2007 um 125, also 0,89 %, gestiegen sei. Zur Begründung würden die Ausweitung der Stundentafel der Sekundarstufe I und gestiegene Schülerzahlen angeführt. Wenn von den 125 Stellen 100 abgezogen blieben, betrage die Steigerung nach seiner Rechnung nur noch 25. Er bitte um Erläuterung.

Auch möchte Herr Link wissen, ob die Stellenzahl an den Förderschulen um 35 gesunken sei und ob Sonderpädagogen extra ausgewiesen würden.

Ute Schäfer (SPD) kommt auf die 2.000 kw-Stellen zu sprechen, bezüglich derer die seit Anfang der Legislaturperiode ein Streit geführt werde. Die kw-Stellen, die schon von der Vorgängerregierung beschlossen gewesen seien, seien immer verlängert worden, da es sich um sogenannte Vorgriffsstellen gehandelt habe, mit denen die sprachliche Förderung in den Hauptschulen sowie die BUS-Projekte unterstützt worden seien. Auch seien die Sozialarbeiter in den Förderschulen damit bezahlt worden. Diese 2.000 Stellen fielen jetzt weg, im letzten Jahr bereits 500, jetzt wieder 500.

Mittlerweile scheine die Not recht groß zu sein, wenn man damit schon die Löcher stopfen müsse. Ansonsten sei es nicht zu erklären, dass dieser Haushalt keinen finanziellen Aufwuchs habe. 28 Millionen € weise der Haushalt mehr aus, 22 Millionen € würden in Privatschulen gesteckt. Da bleibe nicht mehr viel übrig für 1.000 Lehrerstellen.

Zur Streichung von Schulleitungsstellen in den Gesamtschulen: Es scheine mittlerweile Methode zu sein, eine Schulform gegen die andere - Förderschulen gegen Gesamtschulen - auszuspielen. Auch würden mit dem Schulgesetz alle Schulleiter zu Dienstvorgesetzten gemacht, die ja für ihre Aufgaben fortgebildet werden müssten. Gleichzeitig würden 100 Schulleiterstellen in einem Bereich gestrichen, in dem schwierige Aufgaben zu bewältigen seien. Sie frage, ob die Streichung der Schulleiterstellen an Gesamtschulen im Rahmen einer Rechtsverordnung zu § 93 im Ausschuss beraten werde.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betont, Herr Witzel habe auf den Stufenplan rekurriert, den es unter Rot-Grün gegeben habe. Die Ministerin habe ihre Zusage, einen Plan vorzulegen, aus dem ersichtlich werde, wann welche Vorhaben finanzpolitisch wirksam würden, wie die Verrechnungen der demografischen Effekte aussähen, wie das mit den neuen Vorhaben zusammenpasse, nicht eingehalten. Auch der Staatssekretär habe sich mit Blick auf das Schulgesetz nicht festlegen wollen.

Zur Gesamtschule: Es heiße immer, alle Schulformen würden gleich behandelt. Die Landesregierung werde dem Anspruch der Gesamtschule überhaupt nicht gerecht: „Wenn man einem Adler die Flügel stutzt, darf man sich nicht wundern, dass er nicht so fliegen kann, wie er eigentlich sollte“. Sie habe nicht verstanden - das belegten auch die

Äußerungen hinsichtlich der Übertragbarkeit von Strukturen, des Gerechtwerdens von Kindern und Jugendlichen in dem heterogenen System Gesamtschule - Stichwort individuelle Förderung im Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Das alles zeige auch, wie weit der Kenntnisstand der Regierungskoalition in grundsätzlichen bildungspolitischen Fragen gediehen sei.

Sigrid Beer (GRÜNE) meint, die Ausführungen der Landesregierung zeugten von wenig Kenntnis der nordrhein-westfälischen Schullandschaft. Die Ministerin trage den Titel „Gleichbehandlung“ wie eine Monstranz vor sich her. Wenn alle Schulen gleich behandelt werden sollten, dann müsse man auch den Gesamtschulen ein größeres Deputat gemäß dem Sozialindex geben. Sie seien da ausgenommen. Je nach der politischen Situation werde argumentiert, dass die Gesamtschule leistungsmäßig mit der Hauptschule gleichzusetzen sei. Dann sollte man auch die Schüler-Lehrer-Relation an der Stelle verbessern. Die Schüler-Lehrer-Relation an den Gesamtschulen sei so gefasst, weil sie die Schule mit der heterogensten Schülerschaft darstelle und sogar bis zu den höchsten Bildungsabschlüssen führe.

Auf der anderen Seite werde die Gesamtschule mit ihrer kompletten Schülerschaft immer mit dem Gymnasium verglichen. Dann sollte man ihnen auch die gleiche Zahl von Vertretungsstellen zur Verfügung stellen und sie nicht da auch noch benachteiligen. Überall, wo man nachfasse, sei eine ideologisch verbrämte und dialogisch motivierte Benachteiligung der Gesamtschulen zu sehen. Niemand nehme es der Regierung mehr ab, dass sie eine gleiche Wertschätzung und Gleichbehandlung der Schulen haben wolle.

Nun zu den potemkinschen Dörfern, die produziert würden. Das betreffe auch die Sozialindex-Stellen und die Integrationsstellen. Wenn sie gleichzeitig von den Schulen für die geplanten Sprachstandserhebungen „verfrühstückt“ würden, sei das wieder etwas, womit die Schulen und die Öffentlichkeit getäuscht würden. Es werde etwas mehr ins System gegeben, um Ungleiches ungleich zu behandeln. Der Ansatz sei richtig, aber in der Umsetzung werde denjenigen, die besonderen Förderbedarf hätten, auf der anderen Seite etwas weggenommen. Die Ministerin sollte eingestehen, dass sie vom Finanzminister nicht die notwendigen Ressourcen habe abverlangen können. Im Schulsystem werde ein großer Umverteilungsmechanismus in Gang gesetzt. Das sei Bilanz dieses Haushalts.

Leitender Ministerialrat Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) schickt voraus, als Haushälter sei es nicht besonders unangenehm, den Haushalt 2006/2007 für den Bereich Schule zu vertreten. Es gebe reale Steigerungsraten, aber auch Reduktionen; es gebe z. B. eine Rückführung bei den Investitionsmitteln, etwa bei den IZBB-Mitteln (Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung) des Bundes für den Bau von Ganztagschulen. Im Jahre 2007 falle für alle Länder die letzte Tranche an. Sie sei geringer als in den Jahren zuvor. Es wäre auch reduziert worden, wenn Nordrhein-Westfalen keine zusätzlichen Lehrerstellen zur Verfügung gestellt hätte. Also habe die Reduktion dort nichts mit dem Aufwuchs an Lehrerstellen zu tun.

Die Lehrerstellen wüchsen netto auf und seien auch finanziert. Bei den Personalkosten handele es sich um saldierte Summen, weil auch Kürzungen z. B. bei der Sonderzuwendung, also dem Weihnachtsgehalt, gegengerechnet werden müssten. Die neuen Stellen seien finanziert.

Frau Schäfer habe nach dem Stufenplan gefragt. Der Haushalt werde jährlich aufgestellt. Insofern seien die Aufwüchse an Stellen und Mitteln im Jahre 2006 und im Jahre 2007 finanziert. Die 2.000 Vorgriffsstellen, mit denen bestimmte Aufgaben - BUS, Sprachförderung oder auch die Sozialpädagogenstellen - abgedeckt worden seien, fielen jetzt stufenweise, in 500er-Tranchen weg. Aber die Maßnahmen würden weiterhin stattfinden und aus dem System finanziert. Die 250 Sozialpädagogen an Hauptschulen seien im System geblieben, und zwar dauerhaft als Planstellen der Hauptschule aus demografischen Effekten, sodass die Finanzierungsgrundlage für diese Stellen gegeben sei.

Er gehe davon aus, dass man auch in der Zukunft die Sprachförderung über Stellen absichern werde. Der Haushalt werde jährlich beschlossen. Die mittelfristige Finanzplanung stelle bis zum Ende der Legislaturperiode die Finanzierungsvorstellungen dar. - Eine Kürzung bei BUS kenne er nicht. Das bisherige Volumen werde weiter finanziert.

Dem Erläuterungsband könne man eine Momentaufnahme der besetzten Beförderungsstellen entnehmen. Die Beförderungsstellen seien nicht reduziert worden. Wie die Ist-Besetzung aussehe, wisse er nicht. Insofern habe es bei den Beförderungsmöglichkeiten keine Verschlechterung gegeben.

Zur Schulleitungsentlastung der Gesamtschule: Es finde eine Gleichbehandlung zu den Berufskollegs statt. In der Vergangenheit sei die höhere Schulleitungsentlastung an der Gesamtschule mit einem höheren Differenzierungsaufwand in der Schulform begründet gewesen. Wenn man das als Grundlage nehme, müsste man das den Berufskollegs auch zusätzlich geben. Sie hätten einen höheren Differenzierungsaufwand. Wenn man die Schulleitungsentlastung der Gesamtschule auf die vergleichbaren Schulformen übertragen würde, ergäbe das einen Aufwand von rund 500 Lehrerstellen, die zusätzlich kommen müssten.

Die Frage der Entlastungsnotwendigkeit von Schulleitungen insgesamt sei in der Vergangenheit, im Haushalt 2004/2005 so geregelt worden, dass es 500 Lehrerstellen mehr für Schulleitungsentlastungen gegeben habe. Zum 01.08.2006 habe es noch mal 230 Stellen für Schulleitungsentlastungen mit dem Ergebnis gegeben, dass es für jede Schulleitung eine zusätzliche Stunde Entlastung mehr gebe.

Die Gesamtschule werde mehr Stellen für Vertretungsunterricht, auch für Förderung bekommen. Das sei zunächst einmal ein Plus. Bisher hätten die Gesamtschulen 100 Stellen für Vertretungsaufgaben erhalten. Sie würden zum 01.08.2007 eine Vertretungsreserve von etwa 2 % zusätzliche Stellen erhalten. Ziel sei - das habe auch die Ministerin gesagt - rund 3 % bei den Grundschulen, wenn man die 900 Stellen Vertretungsreserve mitrechne sogar 6 %, bei den übrigen Schulformen bis auf das Berufskolleg durchschnittlich 2 %. Die Gesamtschulen seien nicht benachteiligt. Die Verteilung des Stellenplus von etwa 2 % erfolge allerdings nach einem anderen Verteilmodus als an den Hauptschulen oder an den Grundschulen.

Frau Beer habe nach den höheren Steigerungsraten bei den Pensionen statt bei den aktiven Bezügen gefragt. Egal, wer regiere, die Pensionen stiegen. Das habe mit dem Versorgungsrecht zu tun. Die Besoldung und Vergütung steige auch, sie steige noch einmal zusätzlich für zusätzliche Lehrerstellen. Es sei ein Privileg gegenüber anderen Haushalten, dass die Lehrerstellenzahl steige.

Herr Link habe gefragt, ob die 120 Stellen abgezogen seien. Die Gesamtschule habe einen Aufwuchs um 125 Stellen. Wenn die Entlastung bei der Gesamtschule so geblieben wäre wie früher, hätte der Aufwuchs um 120 höher gelegen. Das heiÙe, die Zahl 125 hätte man erhöhen müssen, wenn die Schulleitungsentlastung wie bisher fortgeführt worden wäre.

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, schickt voraus, sie würde sich nach 30-jähriger Tätigkeit in Schulen nicht trauen, irgendeinem Mitglied des Ausschusses vorzuwerfen, er hätte keine Ahnung von einem System, für das man hier verantwortlich sei.

Was die geplanten Veränderungen im Bereich der Schulleiterpauschale in den Gesamtschulen angehe, so sei schon mehrfach gesagt worden, es gehe hier um individuelle Förderung. Sie frage, ob damit die individuelle Förderung der Schulleiter oder die der Kinder- und Jugendlichen gemeint sei. Es könne doch niemandem vermittelt werden, wenn für Schulleitungen der Gesamtschulen, die genauso viel arbeiteten wie die Schulleitungen an Gymnasien und Berufskollegs, 120 Stellen mehr zur Verfügung stünden.

Wolfgang Große Brömer (SPD) gibt als ehemaliger beziehungsweise beurlaubter Leiter einer Gesamtschule eine persönliche Erklärung ab. Wenn gerade gesagt worden sei, dass nach der Kürzung der Ermäßigungsstunden für Schulleitungen an Gesamtschulen um zirka ein Drittel der Zustand erreicht sei, dass die Schulleiter endlich genauso viel arbeiten müssten wie an anderen Schulen, dann sei das bemerkenswert.

Angesichts der Äußerungen hinsichtlich der angeblichen Privilegierung von Gesamtschulen lade er Herrn Witzel und alle anderen Interessierten zu einem offiziellen Besuch an seiner alten Gesamtschule ein. Dort könne man gerne über Privilegien der Gesamtschulen diskutieren.

Ute Schäfer (SPD) betont, der letzte Redebeitrag der Ministerin habe deutlich gemacht, welchen Stellenwert sie der Arbeit der Gesamtschulen tatsächlich beimesse. Verschiedene Schulformen würden gegeneinander ausgespielt. Das sei das eigentliche Problem.

Niemand habe etwas dagegen, dass den Förderschulen hundert Sozialpädagogen befristet zur Verfügung gestellt würden. Sie habe aber sehr viel dagegen, den Schulleitungen, deren Qualifizierung der Landesregierung angeblich so am Herzen liege, gleichzeitig hundert Stellen wegzunehmen. Auch mit Blick auf die Berufskollegs wäre es hilfreicher, die Schulleiterpauschalen insgesamt gerechter zu verteilen.

Zurück zu dem Stufenplan: Sie erinnere an die 9.000 Stellen, die in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün geschaffen worden seien - 4.100 Neueinstellungen, der Rest durch Mehrarbeit von Lehrerinnen und Lehrern und andere Bereitstellungen.

Sie habe nicht gesagt, dass bei den Beförderungsstellen eine Kürzung vorgenommen werde, sondern gefragt, warum sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht besetzt seien. Die Rednerin bittet, zu der Kürzung des Innovationsfonds um 16 % und zu den 9 Millionen € globale Minderausgabe für das Jahr 2006 schriftlich Stellung zu nehmen.

Sigrid Beer (GRÜNE) bezeichnet es als bemerkenswert, dass die Ministerin die Arbeit der Schulleitungen offensichtlich nicht auf die individuelle Förderung von Kindern gerichtet sehe. Schulformen würden gegeneinander ausgespielt und nach außen mit dem Wohl der Kinder etikettiert.

Sie stelle zum wiederholten Male fest, dass mit dieser Politik der Schulfrieden in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gefährdet sei.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) erwartet vom Vorsitzenden, dass er die Reihenfolge der Wortmeldungen berücksichtige.

Zur Gesamtschule: Die Damen und Herren von der Opposition müssten hinnehmen, dass man endlich Gerechtigkeit in die Schullandschaft bringe. Im Mittelpunkt der Diskussion stehe die Rücknahme von Anteilen der Entlastung bei Schulleiterstellen. Sie erinnere an die Briefe an die Gesamtschulleitungen zur sogenannten Organisationsvereinbarung. In der Tat habe die frühere Landesregierung die Gesamtschule gegenüber allen anderen Schulformen privilegiert.

Die Landesregierung müsse dafür sorgen, dass keine Schulformen benachteiligt werde. Die überproportionale Entlastung der Gesamtschulleitungen werde auf ein Niveau zurückgefahren, das mit anderen Schulformen vergleichbar sei. Wenn man überhaupt von Benachteiligung reden könne, dann müsse man zuvorderst die Benachteiligung der Hauptschulen in der Zeit von Rot-Grün nennen. Da sei eine Menge aufzuholen gewesen. Das habe diese Landesregierung sogleich in Angriff genommen.

Die Fakten machten deutlich, dass die neue Landesregierung fair vorgehe. Die Gesamtschule werde nicht mehr ideologisch gesehen.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer erklärt, er versuche immer, die Wortbeiträge der Reihe nach aufzurufen. Das gelte für alle Rednerinnen und Redner.

StS Günter Winands (MSW) verweist auf die 4.000 neuen Lehrerstellen, davon 2.400 Stellen für die offene Ganztagsgrundschule. In allen Veröffentlichungen des Hauses sei nachzulesen, dass die Entlastungsstunden in einem Umfang von 2.900 Stellen noch einmal aufgestockt worden seien. Mit dem Finanzminister sei verabredet worden, dass jede Lehrerstelle bis 2010 nachbesetzt werde. Die Demografieeffekte blieben im System.

Die Nachfrage nach vollzeitschulischen Ausbildungsgängen in Berufskollegs hänge von der Konjunktur ab. Wenn die Konjunktur anziehe, bekomme man mehr Ausbildungsplätze im dualen System; im anderen Fall müsse man die Ressourcen anders einsetzen.

Die GEW habe am letzten Freitag in einem Gespräch im Schulministerium - diese Treffen fänden alle zwei Monate statt - vorgeschlagen, bezüglich der Vorgriffsstunden, die nach jetziger Planung ab 2008 zurückgegeben werden müssten, im Interesse der Lehrkräfte flexibler zu handeln. Diesen Vorschlag habe das Ministerium aufgegriffen.

Zur Gesamtschule: Er sehe keine Benachteiligung darin, die Besetzung der Gymnasien und der Gesamtschulen auf jeweils 102 % zu bringen. Die Gesamtschule habe aufgrund ihrer Differenzierung mit 19,8 eine günstigere Schüler-Lehrer-Relation als das Gymnasium mit 19,8. Das bilde sich auch in der Schulleitungsentlastung ab.

Zur angeblichen Bevorzugung des Gymnasiums: Er weise darauf hin, dass nur die Gesamtschule und der Hauptschule in den Klassen 5 und 6 Stellen für spezifische Programme zur Sprachförderung erhielten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erwidert, das, was der Staatssekretär gerade geschildert habe, entspreche nicht dem, was ihr in einer der ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode zugesagt worden sei, dass es nämlich eine Gegenüberstellung der angekündigten Vorhaben geben werde. Damit meine sie nicht die 4.000 Lehrer, die eingestellt werden sollten, sondern eine genaue Darstellung bis zum Jahre 2010, in der der Lehrerstellenbedarf, der sich aus der Ausweitung des Faches Englisch in der Grundschule oder der vorgezogenen Einschulung ergebe, deutlich werde. Die Ministerin habe ihr dies zugesagt.

Zur Entlastung der Schulleitungen an Gesamtschulen: Herr Knevels habe auf die Sekundarstufe II abgehoben. Der Differenzierungsbedarf der Gesamtschule entstehe dadurch, dass die Gesamtschule in der Sekundarstufe I alle Schulformen, die es in diesem Land gebe, abdecke. Daraus resultiere eine größere Heterogenität der Schülerschaft, es ergäben sich andere Ansprüche an diese Schulform, was sich zum Teil in Lehrerstellenbedarfen, aber auch in der pädagogischen und organisatorischen Arbeit einer Gesamtschule widerspiegele. Die FDP selbst habe vor der Wahl angekündigt, die Gesamtschulen abschaffen zu wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nie!)

Die CDU habe aber erfreulicherweise eine Garantieerklärung abgegeben, die im Schulgesetz ihren Niederschlag gefunden habe. Jetzt werde auf anderem Wege versucht, diese Schulform zu diskreditieren. Wer den Elternwillen hoch halte, müsse auch die Gesamtschule gleichbehandeln. Sie denke da an die Hunderte von Kindern, die jedes Jahr vom Besuch der Gesamtschulen abgehalten würden. Hier gehe es um eine gezielte Strategie zur Diskriminierung der Arbeit der Gesamtschulen.

Sören Link (SPD) erkundigt sich nach den einzelnen Stundenentlastungen für Schulleiter an den Schulformen.

Wenn man die Anzahl der Entlastungsstunden von Schulleitern in Relation zu den Gesamtstunden einer Schule setze, zeige sich, dass die Hauptschule etwas über 3 % Entlastungsstunden, das Gymnasium 2,3 % aufweise. Er bitte das Ministerium, die Zahlen schriftlich vorzulegen.

Die Schüler-Lehrer-Relation sei in der letzten Präsentation der Ministerin Thema gewesen. Man habe festgestellt, dass die Schüler-Lehrer-Relation an den Gesamtschulen um 0,08 steige, bei den Gymnasien um 0,44. Das 9 + 3 - Modell bewirke eine Ausweitung der Stundentafel in der Sekundarstufe I. An der Realschule gelte die allgemeine Ausweitung der Stundentafel um 0,41, an der Hauptschule um 0,28. Ihn interessiere, wie der Unterschied zur Gesamtschule - 0,35 - zu erklären sei.

Ralf Witzel (FDP) widerspricht der Behauptung, die FDP hätte irgendwann - da könne man die gesamte 13. Legislaturperiode nehmen - gefordert, die Gesamtschulen sollten abgeschafft werden. Das sei durch keinen Antrag und keinen Parteitagsbeschluss zu belegen.

Richtig sei, dass die FDP immer gesagt habe, es werde auch zukünftig die Gesamtschule geben. Die FDP habe viele Vorschläge zur inhaltlichen Form der Gesamtschularbeit vorgelegt. Richtig sei auch, dass das Privileg, die Konstruktion der sogenannten gymnasialen Oberstufe an der Gesamtschule, in der Perspektive abgeschafft werden müsse. Wer sich die aktuellen Ergebnisse der Abiturtermine anschau, wer die Prüfungen des Landesrechnungshofes hinzunehme, der könne den Menschen in diesem Land nicht mehr erklären, wieso hier sehr viele Gesamtschuloberstufen mit 13, 15 oder 17 Schülern der einzelnen Jahrgänge betrieben würden, die immense Ressourcen des Systems verbrauchten.

Er scheue die Debatte über die Bildungsergebnisse der einzelnen Schulformen nicht. Da Qualitätsunterschiede seien beträchtlich. Je einheitlicher die Qualitätsmessung und Leistungsbewertung durch zentrale Prüfungselemente in den nächsten Jahren sein werde, umso offenkundiger seien diese Thesen zu belegen.

Nach Ansicht von **Sigrid Beer (GRÜNE)** bedarf es einer gewissen inneren Contenance, wenn der Staatssekretär in einem Satz Schüler-Lehrer-Relationen an der Ganztagschule und am Gymnasium gegeneinander setze. Die Behauptung, die Gesamtschulen seien privilegiert worden, weil sie den Ganztag hätten - dies sei auch ein Grund für die große Nachfrage -, werde durch die Hauptschuloffensive widerlegt. Die Übergangszahlen zu den neu eingerichteten Hauptschulen belegten eindeutig, dass das nicht funktioniere.

Die Koalition habe auf eine Schulentwicklung gesetzt, die Systemeffekte vollkommen falsch einschätzte. Das habe Auswirkungen auf die Lehrerausbildung. In dem Zusammenhang verweise sie auf das Buch „Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen“ von Professor Baumert. Darin werde nachgewiesen, dass die Schulform Hauptschule keine Zukunft habe, und zwar aufgrund der Systemeffekte im Nebeneinander. Sie sei gespannt, wie sich diese Expertise von Herrn Baumann in der Konzeption für die Lehrerausbildung abbilden werde.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) führt aus, die Heterogenität der Schülerschaft in der Gesamtschule bilde sich auch in ihrer Schüler-Lehrer-Relation ab, die günstiger sei als zum Beispiel am Gymnasium. Auf der Basis dieser günstigeren Relation werde auch die Schulleitungsentlastung gerechnet. Wenn man Heterogenität als Grund für eine erhöhte Schulleitungsentlastung in der Vergangenheit eingeführt hätte, wäre das doppelt berücksichtigt worden. Der Grund für die erhöhte Schulleiterentlastung sei in der Vergangenheit der Differenzierungsbedarf gewesen.

Aufgrund der heterogeneren Schülerschaft bekämen die Gesamtschulen mehr Lehrerstellen. Aus der Zahl der Lehrerstellen leite sich die Schulleitungszeit ab. Zu der Frage, wie heterogen ein Berufskolleg sei möge, wolle er sich nicht äußern.

Herr Link habe nach Entlastungsstunden im Verhältnis zur Stundenzahl gefragt. Die Entlastungsstunden berechneten sich nach der AVO. Die Grundentlastung betrage sechs Stunden, jeweils 0,6 Stunden bis zur 35. Stelle. Demnächst betrage sie für alle Schulformen 0,2 Stunden. Das gelte dann auch für Gesamtschulen.

Was das im Einzelnen für die Schulformen heiße, könne er aus dem Stand nicht sagen. In der Gesamtsumme seien es ca. 4.300 Lehrerstellen, die für Leitungszeiten ausgegeben würden.

Die Gesamtschule bekomme 125 Stellen zusätzlich, relationsbedingt. Die Gesamtschule werde zusätzliche Stellen aus dem Kapitel 05 300 für Vertretungsaufgaben bekommen. Alle Schulformen bis auf Hauptschule und Grundschule - das Berufskolleg werde auch gesondert gesehen - bekämen 2 % zusätzlich. Die Gesamtschule werde nicht weniger, sondern mehr haben, auch wenn sie Schulleitungszeit verliere.

Das, was demnächst durch die Änderung der AVO beschlossen werden solle, stecke demnach schon in der Schüler-Lehrer-Relation, folgert **Sören Link (SPD)**.

Das sei nicht neu, erwidert **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Der Haushalt orientiere sich immer an Relationen, die sich auf das dann beginnende neue Schuljahr bezögen. Jedes Jahr bildeten die neuen Relationen Grundlage der AVO.

StS Günter Winands (MSW) ergänzt, die Rechtsverordnung folge dem Haushalt.

Ute Schäfer (SPD) betont, die Landesregierung gebe eine Pressemeldung zu einer Rechtsverordnung und zu einem Haushalt heraus, der auch nicht beschlossen sei.

Sie bitte Herrn Knevels, die Ausführungen noch einmal schriftlich niederzulegen. Sie würde gerne nachprüfen, wie sich das mit den 120 Stellen und der Schüler-Lehrer-Relation verhalte.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung berät** sodann die von den Fraktionen der SPD und der FDP vorgelegten **Änderungsanträge**. Im Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die wesentlich über die Darstellung in **Vorlage 14/810** hinausgehen.

Klaus Kaiser (CDU) betont, die Regierungsfractionen legten keine Anträge zum Haushalt vor. Das habe mit der Systematik der Haushaltsplanberatung zu tun. Auch in diesem Jahr gelte, dass Änderungsanträge zum Haushalt in das Gesamtbudget eingearbeitet werden müssten. Inhaltliche Änderungsanträge mit entsprechenden Deckungsvorschlägen würden im Haushaltsausschuss vorgelegt. Die Deckungsvorschläge der jetzt vorliegenden Anträge der Opposition seien nicht ersichtlich. In keinem Antrag stehe, woher das Geld kommen solle.

Wenn man über Kinder- und Jugendpolitik spreche, sei es wichtig, im Auge zu behalten, dass man den Kindern keinen Schuldenstaat hinterlassen dürfe. Es werde mit aller Kraft versucht, die Verschuldung zurückzufahren und den Kindern geordnete Finanzen zu hinterlassen. SPD und Grüne seien in der Vergangenheit keine Vorbilder gewesen.

Im zweiten Jahr unter Verantwortung von CDU und FDP sei es gelungen, wieder einen verfassungsmäßigen Haushalt einzubringen. Das sei das Nachhaltigste, was man machen könne.

Angesichts der Steigerungsraten zum Haushalt 2007 dürfe man nicht vergessen, dass der Haushalt 2006 eine Erhöhung des Bildungsetats von über 300 Millionen € zugrunde lege. Die Prioritäten in der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung würden deutlich.

Normalerweise seien die Haushaltsberatungen die Stunde der Opposition. Diese Stunde habe die Opposition nicht wahrgenommen. Das, was die SPD geäußert habe, habe keine Zukunftsperspektive. An Details werde herumgemäkelt, Stellen würden nachgezählt. Einen bildungspolitischen Entwurf als Alternative sehe er nicht, nachdem die SPD es in 40 Jahren geschafft habe, das unsozialste Bildungssystem in Deutschland zu produzieren. Die soziale Ungleichheit werde immer größer.

Er sei von den Grünen überrascht, wie sehr sie heute die Ideologisierung der Gesamtschule unterstützten. Wer glaube, der Schulfrieden sei gefährdet, weil 100 Stellen anders zugeordnet würden, der übertreibe. Es nütze auch den Gesamtschulen nichts, wenn die Diskussion auf diesem Niveau geführt werde. Die CDU-Fraktion werde Anträge zum Bereich Weiterbildung im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen. Die nicht seriös finanzierten Anträge von SPD und Grünen könnten keine Zustimmung finden.

Mildernde Umstände gebe es immer bei Schuldeingeständnis, schickt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** ihren Ausführungen voraus. Herr Kaiser versuche davon abzulenken, dass es die Koalition im zweiten Jahr, in dem sie die Regierung stelle, nicht geschafft habe, ihre Anliegen rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen abzustimmen.

Das erschwere die fachpolitischen Beratungen der Einzelpläne in den Ausschüssen. CDU und FDP hätten in der Vergangenheit Wert darauf gelegt, dass die Anträge in den Fachausschüssen diskutiert worden seien. Die finanzpolitischen Zusammenhänge würden immer im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert. Selbstverständlich sei es immer möglich, auf eine politische Gesamtverantwortung vor dem Hintergrund der Haushaltssituation zu verweisen. Das sei in der Vergangenheit auch passiert. Herr Recker habe zum Teil Anträge leidenschaftlich begründet, in denen er Millionen mehr gefordert habe.

Der Haushalt sei die Auseinandersetzung mit dem Zahlenwerk. Die Grünen hätten ein Gesamtpaket geschnürt, in dem der Verschuldungsabbau eine wesentliche Rolle spiele.

Ute Schäfer (SPD) bedauert, dass der Fachausschuss keine Anträge von den Koalitionsfraktionen beraten könne. Sie stimme Frau Löhrmann zu, dass dadurch die Arbeit des Ausschusses entwertet werde. CDU und FDP hätten keinen verfassungskonformen Haushalt eingebracht.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) hält fest, die Anträge der SPD lägen erst seit heute Morgen vor. auf den Tisch geflattert.

Die FDP werde gemeinsam mit der CDU Änderungsanträge in einem Gesamtpaket mit den zugehörigen Deckungsvorschlägen vorlegen. Aufgrund des Fehlens der Deckungsvorschläge könne ihre Fraktion die Anträge der Opposition nur ablehnen.

Carina Gödecke (SPD) schickt voraus, als frühere Parlamentarische Geschäftsführerin könne sie sich gut daran erinnern, dass die Anträge zum Haushalt immer in den Fachausschüssen diskutiert worden seien.

Die Ergänzungsvorlage sei einen Tag vorher gekommen. Wenn man als Fraktion seine Haushaltsplanberatungen abschließen und sich darauf vorbereitet, im Fachausschuss die Fachdebatte zu wenigen fachlichen Anträgen zu führen, sollte man wenigstens Gelegenheit haben, die Ergänzungsvorlage zu studieren. Wahrscheinlich werde es sogar eine zweite Ergänzungsvorlage geben. Dann müsse die fachpolitische Debatte unter Umständen noch einmal aufgerollt werden.

Sigrid Beer (GRÜNE) erläutert den Antrag mit der lfd. Nr. 1 a) zu **Kapitel 05 072 - Landesförderungen der Weiterbildung - Titel 633 20 - Zuweisung für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden.** Bundeskanzlerin Angela Merkel habe deutlich auf die Bedeutung der Weiterbildung hingewiesen und angeordnet, das zu unterfüttern. Sie fordere die Koalitionsfraktionen auf, das entsprechend zu tun und eine gesicherte Finanzierungsgrundlage aus dem Ansatz des Jahres 2005 zur Verfügung zu stellen.

Thomas Stotko (SPD) betont, das, was im Haushaltsentwurf zum Bereich Weiterbildung vorliege, sei inakzeptabel und stehe in krassem Widerspruch zu dem, was die Frau Ministerin und die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen sonst verkündeten. Vor der Wahl habe Herr Kaiser noch erklärt, dass man die Mittel sofort erhöhen werde. Genau das Gegenteil sei erfolgt.

Den Aufruf des lfd. Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titelgruppe 63 (Neu) - Zuweisung und Zuschüsse an die Kommunen zur Freistellung von ALG-II-Beziehenden und für Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bei der Zuzahlung zu den Lernmitteln** - nimmt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass dieser Antrag den Sozial- und den Schulbereich berühre. Es gehe insbesondere um die Schulbücher.

Mit diesem Antrag werde das nachvollzogen, was die Ministerin mit den kommunalen Spitzenverbänden verabredet habe. Die Summe sei vergleichsweise gering. Sie wüsste gerne, wie es um die soziale Wirklichkeit von Kindern von Hartz-IV-Empfängern in Nordrhein-Westfalen bestellt sei. Dieses Feld dürfe den Städten und Gemeinden nicht alleine überlassen bleiben. Die Lehrer bekämen die Bücher aus juristischen Gründen vom Staat finanziert, für die Kinder aus Hartz-IV-Haushalten stehe das Geld nicht zur Verfügung. Der Ministerpräsident stehe in der Pflicht, seinen Worten Taten folgen zu lassen.

Ute Schäfer (SPD) erklärt, ihre Fraktion werde sich bei dem Antrag der Stimme enthalten, unterstütze aber das Vorhaben inhaltlich.

Aufgrund der Deckungsvorschläge der Grünen zu ihren Anträgen - 134 Millionen € für die Steinkohlenförderung - werde sich die SPD bei der Abstimmung darüber der Stimme enthalten.

StS Günter Winands (MSW) legt dar, Einigkeit bestehe in der Problembeschreibung. Die Summe, die Frau Löhrmann nenne, sei zu niedrig. Diese Summe habe die Landesregierung auch angeboten. Die kommunalen Spitzenverbände hätten das nicht akzeptiert. Dazu längen auch zwei Anfragen vor. Im früheren Schulgesetz sei eine Übergangsregelung getroffen worden. Davon seien 160.000 ehemalige Sozialhilfeempfänger erfasst gewesen. Das Konnexitätsgesetz habe nicht gegolten. Für ein Jahr habe man eine Übergangsregelung geschaffen.

Die Spitzenverbände kritisierten, dass man mit dem neuen Schulgesetz bei null anfangen. Die Landesregierung rechne die zusätzlichen Hartz-IV-Empfänger hinzu. Die Lernmittelfreiheit sei nach dem Gesetz Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen seien sozialpolitisch verantwortlich.

Die Klage beziehe sich im Übrigen auf die Sachmittelausstattung, die die Schulen von dem Schulträger bekämen. Das sei von der früheren Landesregierung so festgelegt worden. Die 5 Millionen € reichten nicht. Sie müssten mehr als verdoppelt werden.

Sigrid Beer (GRÜNE) lädt den Staatssekretär zu den Haushaltsberatungen der Grünen ein, damit er die Ansätze an der Stelle helfe zu verdoppeln. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßten den Vorschlag ausdrücklich.

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den kommunalen Spitzenverbänden habe sie ganz andere Stellungnahmen gehört. Mit Interesse verfolge sie, wie sich diese Geschichte weiterentwickle.

Ute Schäfer (SPD) hält fest, die Finanzierung der Sozialpädagogen sei auch eine Aufgabe der kommunalen Seite. Rot-Grün habe in der Vergangenheit trotzdem Mittel dafür gegeben. Bezüglich der Zuzahlung von Lernmitteln erinnere sie sich an ein Interview, in dem vollmundig verkündet worden sei, dass dieses Problem schnell geregelt werde.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt dem Entwurf des **Einzelplans 05** unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Ute Schäfer (SPD) kommt der Bitte von Herrn Witzel nach, eine Aussage der FDP vorzulegen, in der sie sich für die Abschaffung der Gesamtschulen ausgesprochen habe. Sie zitiere aus einem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/6535 „Freiheit für beste Bildung und Ausbildung statt Einheitsschule - neues Schulgesetz NRW löst Zukunftsaufgaben nicht“. Darin heiÙe es unter II. Handlungsnotwendigkeiten: Gewährleistung einer begabungsgerechten Bildungsreform unter Beibehaltung von Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien - Abschaffung aller Gesamtschulprivilegien und Umbau der integrierten Gesamtschulen zu additiven Systemen ohne Gesamtschuloberstufen.

2 Pläne der Landesregierung für eine neue Lehrerausbildung

Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

3 Personelle Situation in den unteren Schulaufsichtsbehörden

Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden vertagt.

gez. Wolfgang Große Brömer

Vorsitzender

ad/06.12.2006/13.12.2006

170

